

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 48 (1954)
Heft: 5

Artikel: Erklärung zu der "Stellungnahme des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend zu Fragen des inneren Gefüges der deutschen Streitkräfte in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft"

Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139898>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Scripps-Howard und McCormick allein 25 Prozent), so daß mehr als 1900 kleinere Blätter sich in den Rest von 15 Prozent teilen dürfen. Fünf große Zeitschriftenverlage — Luce, Curtis, Crowell-Collier, Hearst und McCall — verbrauchen allein 52 Prozent des gesamten für Zeitschriften verfügbaren Druckpapiers. Wie dieser ganze Sachverhalt auf die Lebensmöglichkeiten einer wirklich unabhängigen Presse wirken muß, und was für Ränke, Druck- und Erstickungsmanöver gegenüber mißliebigen politischen Außenseitern oder gegenüber eigentlichen Oppositionsblättern dabei vorkommen, das mag sich der Leser selbst ausmalen.

(Schluß folgt)

Hugo Kramer

Erklärung

*zu der «Stellungnahme des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend
zu Fragen des inneren Gefüges der deutschen Streitkräfte
in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft»*

Die Hauptversammlung des «Bundes der Deutschen Katholischen Jugend» hat am 11. November in Altenberg eine «Stellungnahme zu Fragen des inneren Gefüges der deutschen Streitkräfte in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» beschlossen.

Hat niemand die grimmige Ironie bemerkt, daß diese Stellungnahme ausgerechnet am 11. 11., dem Fest des heiligen Martin, zustande kam?

Der heilige Martin, der große Bischof von Tours, ist nicht nur der Reiter, der seinen Mantel geteilt hat, sondern der Heilige, der seinem christlichen Kaiser die Waffen vor die Füße geworfen hat, als dieser ihm befahl, gegen die Heiden und Barbaren aus dem Osten, damals waren es die Germanen, zu Felde zu ziehen. «Es geschah um das Jahr 341 in der Gegend von Worms am Vorabend einer Schlacht. Man verteilte gerade vor den Augen des Kaisers den außerordentlichen Kampfsold. Da trat Martin, der seine Beurlaubung erbeten hatte, vor die Front. Anstatt aber zum Zahlmeister zu gehen, schritt er direkt auf den Kaiser zu mit den Worten: ‚Mein Kaiser, bis heute habe ich Euch gedient, gestattet nun, daß ich von jetzt ab Gott diene. Mögen jene, die in den Kampf ziehen wollen, Euren Sold nehmen. Was mich betrifft, ich bin Soldat Christi. Mir ist es nicht erlaubt zu kämpfen.‘ Der Kaiser, dem diese Erklärung unerwartet kam, war aufgebracht: ‚Es ist keineswegs ein religiöses Gefühl, sondern die Furcht vor der Gefahr, die dich zur Verachtung des Waffendienstes treibt.‘ — ‚Wenn man meinen Glauben als Furcht bezeichnet, gut denn‘, erwiderte der junge Held, ‚so möge man mich morgen ohne Waffen vor die Front stellen; ich werde im Namen Jesu, als einzige Verteidigung das Zeichen des Kreuzes tragend, ohne Furcht

durch die Schlachtreihen der Feinde schreiten.' Ob nun der Kaiser auf diese Probe eingehen wollte oder nicht, auf jeden Fall ließ er den unglücklichen Bittsteller in den Arrest werfen. Die Vorsehung fügte es jedoch, daß die Feinde am folgenden Tage um Frieden baten. Martin wurde freigelassen und erhielt die erbetene Beurlaubung.» (Zitiert aus Pierre Lorson: «Wehrpflicht und christliches Gewissen», Seite 100.) Als der Kampfsold verteilt wurde, handelte der Heilige; durch sein Handeln wurde der Kampf unnötig. Heilige handeln so, wie sie vor dem Gerichte Gottes stehen: Sie suchen die Gerechtigkeit — das andere wird ihnen dazugeworfen.

Martinus, der Heilige dieses Tages, kann also kaum Pate gestanden haben bei der Entstehung der Stellungnahme. Müssen wir ihn aus dem Kalender der BdDKJ streichen? Es bleibt also das nackte Datum: Der Elfte im Elften! Aus dem Narrentanz ist schon häufig Totentanz geworden!

Die Präambel der Altenberger Stellungnahme lautet wörtlich:

«Schneller als es den Bürgern der jungen Bundesrepublik selber lieb war, mußten sich die deutschen Menschen und Organe unseres öffentlichen Lebens mit den Fragen des Wehrdienstes und der Militärverfassung beschäftigen. Nach dem leidenschaftlichen Für und Wider in der Grundsatzdebatte über die moralische Erlaubtheit des Krieges hat sich das öffentliche Interesse nun stärker den Fragen der Wehrverfassung und der Militärgesetzgebung zugewandt. Wenn nachstehend zum sogenannten ‚Inneren Gefüge‘ der deutschen Streitkräfte der EVG Stellung genommen wird, geschieht es aus der Mitverantwortung, deren sich eine Million junger Deutscher (als Mitglieder des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend) für das Wohl und Wehe unseres Volkes und speziell der betroffenen jungen Generation bewußt ist. Wir möchten unsere Stimme rechtzeitig erhoben haben und wünschen von den Verantwortlichen und Maßgebenden gehört zu werden.»

Diese Präambel, wie auch die Stellungnahme insgesamt, ist irreführend, da sie den Eindruck erweckt, als sei die Diskussion um die Frage, ob die Bundesrepublik wieder aufrüstet werden solle, bereits abgeschlossen und als gehe es jetzt nurmehr um die Frage, wie sich die westdeutsche Aufrüstung vollziehen könne.

In Wirklichkeit aber ist die EVG nach wie vor — und im Hinblick auf die Viererkonferenz in verstärktem Maße — in Frage gestellt. Selbst die «Ketteler Wacht», das Organ der katholischen Arbeiterbewegung, schrieb, die Regierung müsse sich innerlich darauf vorbereiten, daß der EVG-Vertrag keine wirkliche Chance mehr habe. Die Diskussion um die westdeutsche Aufrüstung ist in der gesamten Weltöffentlichkeit nach wie vor im Gange. Die Argumente für die Überzeugung, die westdeutsche Aufrüstung verschärfe die Spannungen in der Welt, haben nichts an Beweiskraft verloren.

Die Stellungnahme bemüht sich, den Eindruck zu erwecken, als sei in der Vergangenheit bei dem «leidenschaftlichen Für und Wider» von der Führung des BdDKJ auch das «Wider» berücksichtigt, gehört und ernstgenommen worden. In Wirklichkeit aber wurde von der Bundesführung das «Für» leidenschaftlich propagiert, das «Wider» aber systematisch mundtot gemacht. Dies geschah von dem Zeitpunkt an, da die Bundesregierung begann, aus *ihrem* «Für» kein Hehl mehr zu machen. Obwohl nicht einmal in den Organen des Bundes eine Klarstellung erfolgt war, was der BdDKJ gegenüber der Frage der Aufrüstung sagen kann und zu sagen hat, sprach sich der damalige Bundesführer Josef Rommerskirchen bei der Vollversammlung des Bundesjugendringes am 27. April 1952 auf Elmstein im Namen des BdDKJ für die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik aus. Er erklärte, daß die Mitglieder des BdDKJ bereit seien, die aus der Aufrüstung entstehenden Konsequenzen zu tragen, anders ausgedrückt, gegebenenfalls die Köpfe hinzuhalten. Mitglieder des BdDKJ protestierten gegen diese Erklärung, da mit ihr der Bundesführer seine Befugnisse weit überschritten hatte und den BdDKJ in eine politische Formation zu verfälschen suchte. Die Bundesführung reagierte auf diese Proteste so, wie man hierzulande schon oft auf Gewissensbedenken reagiert hat: mit Verleumdungen und Drohungen.

Im Zuge dieser Politik führte die Bundesführung des BdDKJ am 5. September 1952 in Haus Altenberg sogar eine Besprechung mit dem faschistischen BDJ (Bund Deutscher Jugend) durch, über welche der vom Presseamt Haus Altenberg herausgegebene Informationsdienst in seiner Nummer 10/1952 folgendes berichtete: «Den durchaus positiven Ergebnissen der gegenseitigen Orientierung entsprechend wurde zum Abschluß beiderseits der Wunsch geäußert, weiterhin miteinander im Gespräch zu bleiben und — nach Abgrenzung der Aufgaben, Ziele und Methoden — gegebenenfalls eine ergänzende Zusammenarbeit anzustreben.» Also: Nach Abgrenzung der Methoden die gemeinsame Zusammenarbeit! Obwohl die kurz nach dieser Zusammenkunft vor der Öffentlichkeit aufgerollte BDJ-Affäre allzu großer Peinlichkeit wegen durch systematisches Schweigen bald wieder in den Hintergrund gedrängt wurde, weiß heute jeder, welcher Terrorismethoden sich der BDJ bediente, weiß jeder, daß seine Vorhaben bis zum Fememord reichten. War dies die geplante ergänzende Zusammenarbeit, daß sich die einen der brutalsten Gewaltmittel, die anderen aber eines kontinuierlichen Gewissenszwanges bedienen sollten? Der Öffentlichkeit und den Mitgliedern des BdDKJ ist nichts darüber bekannt geworden, daß sich die Bundesführung des BdDKJ später vom BDJ und der mit ihm begonnenen Zusammenarbeit distanziert hätte.

Auch die neue Stellungnahme erhebt den Anspruch, die Überzeugung und den Willen einer Million junger deutscher Katholiken des BdDKJ auszudrücken.

In Wirklichkeit aber haben viele Mitglieder des BdDKJ nach wie vor eine andere politische Überzeugung als die Bundesführung. Und wer wollte behaupten, daß diese Stellungnahme, die nach einer Meldung der Wochenzeitung «Echo der Zeit» in Verbindung mit dem Amt Blank ausgearbeitet wurde, die Überzeugung einiger Hunderttausend zehn- bis vierzehnjähriger Jungen und Mädchen im BdDKJ wiedergebe? — Denn zu der in der Präambel angegebenen Zahl von einer Million gehören auch diese Kinder.

Der BdDKJ ist die Körperschaft der katholischen Mannes- und Frauenjugend, deren Leben sich nach dem Geist des Glaubens bestimmt, das heißt nach dem Geist des Glaubens an den Dreieinigen Gott in der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche, nicht aber nach dem Geist eines weltförmigen «Glaubens». Darum können die Mitglieder dieser katholischen Vereinigung in ihrer Gesamtheit keine einheitliche politische Anschauung haben und dürfen nicht gleichgeschaltet werden. Schon von diesem Gesichtspunkt aus ist auch die neue Stellungnahme verfehlt und trägt, in konsequentem Anschluß an die Elmstein-Erklärung und die BDJ-Abmachung, wiederum dazu bei, daß die Grundlage des BdDKJ weiter verfälscht wird.

Abgesehen davon aber enthüllt sie, wie von kleinen, mit Regierungsstellen verfilzten Gremien die Anschauungen für die Jugendlichen fabriziert und ihnen suggeriert werden. Durch all dies beweist die Bundesführung, daß sie sich nicht wie die Spitze einer demokratischen Jugendorganisation verhält, daß es ihr nicht in erster Linie darauf ankommt, den Jugendlichen zu selbständigem Denken zu verhelfen, sondern daß es ihr darum geht, eine bestimmte politische Linie durchzusetzen. Zu diesem Zwecke bedient sie sich der Methoden von Führern einer Staatsjugend, die bestimmen und dirigieren und den zukünftigen Opfern jeweils beizubringen versuchen, daß sie diesmal wenigstens gut geführt würden.

*

Die Bundesführung des BdDKJ tut alles, um den vom Beauftragten Blank angekündigten Weltanschauungssoldaten möglichst bald Wirklichkeit werden zu lassen. Sie kann sich dabei an die Devise des Herrn Bundeskanzlers halten, der in seiner letzten Weihnachtsansprache an das deutsche Volk davon sprach, daß der Kampf zwischen Licht und Finsternis, der bislang in der Brust des einzelnen ausgetragen worden sei, sich nunmehr auf die Völker verteilt habe. Dies eröffnet die Aussicht, daß im nächsten Krieg der Lichtsoldat dem Dunkelmann, die Atombombe des Lichtes der der Finsternis gegenübersteht. Da der Gegner für einen «Teufel» gehalten wird, liegt es im Gefälle eines solchen Weltanschauungskampfes, daß irgendwelche völkerrechtliche Regelungen auf die Dauer nicht mehr beachtet werden. Was bleibt dem, der in diesem «Kreuzzug» mitmacht, anderes übrig, als entweder zum hemmungslosen

Gangster und Söldner oder zum bornierten Weltanschauungssoldaten zu werden, in dessen Gattung der SS-Mann der Erstgeborene ist? Ob sich dieser Weltanschauungssoldat in der «Bewährungsprobe des Soldatischen» anders verhalten kann als der Söldner, für dessen Leistungen der schmutzige Krieg in Indochina ein grauenerregendes aktuelles Beispiel bietet, ist keine Frage; denn er wird den totalen Krieg mit all seinen Furchtbarkeiten mitmachen müssen. Nur die «Beruhigung» wird ihm geliefert, daß er alles mit «gutem Gewissen» tun dürfe, gehe es doch gegen das «Reich des Bösen». Eines aber spricht noch zu ungunsten des Weltanschauungssoldaten: ihm wird nicht nur für das Schlechte, das er tut, ein Rechtfertigungsgrund gegeben, sondern er wird auch noch befähigt, sich seiner Sünde zu rühmen, da er vorgibt, «für das Licht zu kämpfen».

*

Die Präambel der Stellungnahme legt dem nichtinformierten Leser die Vermutung nahe, die Diskussion um die «moralische Erlaubtheit des Krieges» sei abgeschlossen und für die Remilitarisierer befriedigend beantwortet; in der Stellungnahme wird die allgemeine Wehrpflicht als eine Selbstverständlichkeit dargestellt und gefordert.

Wir stellen fest, daß sich die Führung des BdDKJ dadurch in konträktorischem Gegensatz zu päpstlichen Verlautbarungen stellt, von denen wir annehmen, daß sie Weisungen sind und von denen wir nicht annehmen, daß sie anders gemeint als gesagt sind: «Die allgemeine Wehrpflicht ist ein Angriff auf die Selbstbestimmung der sittlichen Persönlichkeit.» (Leo XIII.) «Der obligatorische Militärdienst ist seit mehr als einem Jahrhundert die wahre Ursache unzähliger Übel gewesen; seine gleichzeitige und gegenseitige Aufhebung wird das wirkliche Heilmittel sein.» (Botschaft Benedikts XV. an den englischen Premierminister vom 28. September 1917.) Und Pius XII. hat in seiner Ansprache an Militärärzte vom 19. Oktober 1953 die Diskussion um die moralische Erlaubtheit des Krieges, und zwar des modernen, des ABC-Krieges (Atomkrieg, biologischer Krieg, chemischer Krieg), von neuem entfacht. Er wenigstens stellt, hier im Hinblick auf die Militärärzte, jene Frage, die die Bundesführung niemals aufgeworfen, immer umgangen hat und nicht zu stellen wagt, weil es eine konkrete und zur Gewissensentscheidung aufrufende Frage ist: «Darf der Arzt sein Wissen und seine Tätigkeit in den Dienst des ABC-Krieges stellen? Niemals darf er die ‚Ungerechtigkeit‘ unterstützen, auch nicht im Dienste seines eigenen Landes; und da diese Art Krieg eine Ungerechtigkeit darstellt, darf der Arzt nicht mitarbeiten.» (Herder-Korrespondenz vom Dezember 1953, Seite 127.) Wenn aber der Arzt, der Helfer, nicht mittun darf, woher in aller Welt soll denn der sonst Uniformierte die sittliche Berechtigung nehmen, sich an diesem Kriege zu beteiligen? Und welche Sicherheit hätte der irgendwie Uniformierte, daß er nicht im ABC-Krieg Verwendung fände?

Diesen Hintergrund verdeckt die Bundesführung in ihrer Stellungnahme geflissentlich und gaukelt der Öffentlichkeit statt dessen das Bild eines freundlich und unmilitärisch gewordenen Kasernenlebens mit kulturellen und religiösen Untermalungen vor. Sie fragt nicht, was der Christ zu tun hat, dem der Befehl gegeben wird, Atom-, Napalm-, Kobalt-, Wasserstoff- oder G-Gasbomben auf eine Stadt zu werfen, die Flugzeuge mit dieser Last startbereit zu machen, diese Bomben herzustellen . . . Oder wird der Soldat so erzogen werden, daß er zwar — mit Bernanos zu reden — Gewissensbisse bekommt, wenn er in der Straßbahn die Beine seiner Nachbarin betrachtet, aber sich keine Skrupel macht, wenn er Atombomben abzuwerfen hat? Im Gegenteil: Hier ist «Gott mit uns», da es gegen den «Teufel» geht. Was tut die Bundesführung, um dieser Perversion der Moral vorzubeugen? Sie stellt nicht die Frage, was die Militärseelsorger (ihnen fällt, wie es in der Stellungnahme heißt, die Aufgabe zu, die religiöse Überzeugung der Soldaten zu vertiefen und zur Pflege und Förderung ihres religiösen Lebens beizutragen) den Atombombenwerfern und all denen, die an der Maschinerie der Massenvernichtung mitarbeiten, noch zu sagen hätten. Oder aber ist der Militärseelsorger im Rahmen des Weltanschauungskrieges ganz einfach ein unentbehrlicher Funktionär zur Stärkung der Kriegsmoral?

Ausführlich wird in der Stellungnahme dargelegt, welchen Inhalt, welche Aufmachung (flexibler Einband!) das neue Soldatengebetbuch haben müsse, das dem Soldaten, wie es heißt, «als Ratgeber in *allen* Lebenslagen dienen» soll. Werden die Soldaten in diesem Gebetbuch auch Ratschläge finden, wenn ihnen der Befehl gegeben wird, Geiseln zu erschießen? Werden sie im Inhaltsverzeichnis die Gebete vor und nach dem Abwurf der Atombomben heraussuchen können? Oder aber wird das Gebetbuch mit dem biegsamen Einband ganz einfach ein verbogenes Gebetbuch sein?

Dementsprechend sehen wir in dieser Stellungnahme eine gefährliche Irreführung des Volkes, der Jugend und der Christenheit. Wir protestieren gegen diese Stellungnahme. Wir versichern, daß wir alles tun werden,

um dem Prinzip der Gewissensfreiheit auch innerhalb der katholischen Jugend wieder Geltung zu verschaffen,

um zu verhindern, daß jemals wieder Menschen vor die Entscheidung gestellt werden, entweder Kriegsverbrecher oder Opfer zu sein,

um zu verhindern, daß es zu einem neuen Kriege kommt.

In dieser Bemühung wissen wir uns verbunden mit allen, deren vor- dringliche Sorge der Friede ist.

Ein deutscher katholischer Kreis
um die Zeitschrift «Glaube und Vernunft»